

Bürgerschaft am 04.03.2021, TOP Ö 7.14

Kleine Anfrage zu Gesundheitsschutz in der Pandemie

Einreicherin: Petra Voß, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/  
Die Partei

Es antwortet zu Anfrage 3: Gleichstellungsbeauftragte  
Frau Silvia Hacker -Hübner

**Anfrage:**

3. Wie wurde die Gleichstellungsbeauftragte der Hansestadt in das Prozedere einbezogen, und welche Erfahrungen hat sie mit deren Umsetzung in Bezug auf ihren Aufgabenbereich gemacht?

**Antwort:**

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Voß,  
sehr geehrte Damen und Herren,

die weiterhin ernste Corona-Situation hat es für einige Mitarbeiter der Hansestadt Stralsund erforderlich macht, die Arbeit von zu Hause aus fortzusetzen, wenn der Mitarbeiter dazu bereit ist. Daher wurde eine Dienstvereinbarung zwischen dem Oberbürgermeister und dem Personalrat der Hansestadt Stralsund über mobiles Arbeiten in Form von Homeoffice entwickelt und geschlossen.

In die Erarbeitung der Dienstvereinbarung, mit dem Amt für zentrale Dienste und der Personalratsvorsitzenden, wurde ich als Gleichstellungsbeauftragte mit einbezogen. Die Gleichstellung des betrieblichen und des außerbetrieblichen Arbeitsplatzes ist in der Dienstvereinbarung klar geregelt. Mit anderen Worten: Alle Regeln und sozialen Standards,

die in der Verwaltung gelten, sind auch für den Arbeitsplatz zuhause einzuhalten.

Die Dienstvereinbarung wurden den Mitarbeiter/innen durch das Amt für zentrale Dienste im Februar 2021 in einer Mitteilung bekannt gegeben.

Zum Anspruch auf Homeoffice unter dem Aspekt der Gleichbehandlung wandten sich keine Mitarbeiter/innen der Hansestadt Stralsund an die Gleichstellungsbeauftragte.

gez. Silvia Hacker-Hübner